

# AUFSÄTZE

## Halbzeit: Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2013

Oskar Niedermayer

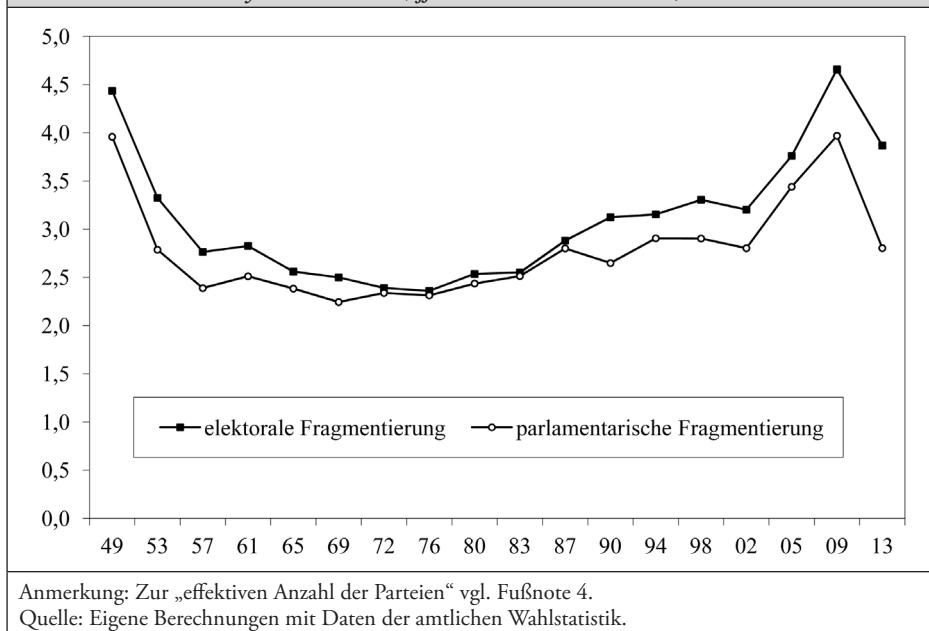
Die Bundestagswahl am 22. September 2013 hatte eine Reihe von bemerkenswerten Ergebnissen.<sup>1</sup> Die Wahlbeteiligung stieg erstmals seit 1998 wieder. Zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert konnten die beiden großen Parteien gleichzeitig Stimmengewinne verzeichnen, wenn auch in höchst unterschiedlichem Maße. Die Union steigerte ihren Stimmenanteil um fast acht Prozentpunkte und verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag. Auch die SPD schnitt diesmal etwas besser ab, wobei der Zuwachs deutlich stärker ausgefallen wäre, wenn sie nicht im Wahlkampf einige gravierende Fehler gemacht hätte. Die FDP, die die Geschicke der Bundesrepublik von Anfang an mitgeprägt hatte, scheiterte zum ersten Mal in ihrer Geschichte an der Fünf-Prozent-Hürde und ist im Bundestag nicht mehr vertreten. Da auch die Grünen und die Linkspartei schlechtere Ergebnisse erzielten als 2009, mussten bei dieser Wahl erstmals alle drei kleineren Parteien gleichzeitig Stimmenverluste hinnehmen. Hingegen hat mit der AfD erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik eine erst kurz vor der Wahl (am 6. Februar 2013) gegründete Partei so viele Stimmen bekommen, dass sie den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasste.

### 1. Die Bundestagswahl 2013 und die Entwicklung des Parteiensystems

Die Wahl von 2013 markiert einen deutlichen Einschnitt in der Entwicklung des Parteiensystems. Alle seine relevanten Strukturcharakteristika wurden verändert<sup>2</sup>: Sein parlamentarisches Format, also die Anzahl der im Bundestag vertretenen Parteien, sank zum ersten Mal seit 1990 von fünf auf vier.<sup>3</sup> Seine elektorale und parlamentarische Fragmentierung, das heißt der über die Größenverhältnisse der Stimmen- und Mandatsanteile der Parteien gemessene Grad an Zersplitterung<sup>4</sup>, hatte sich seit den 1980er Jahren zunehmend erhöht

- 1 Vgl. Oskar Niedermayer, Statt Rot-Grün nun GroKo die Dritte: eine Analyse der Bundestagswahl 2013, in: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 63. Jg. (2014), H. 1, S. 23 – 35, S. 27 f.
- 2 Vgl. hierzu im Detail *ders.*, *Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2013*, in: *ders.* (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*, Wiesbaden 2015, S. 1 – 23.
- 3 CDU und CSU bilden dabei eine Analyseeinheit. Auf der Einzelparteienebene sind sie ohne Zweifel getrennt zu behandeln. Auf der Parteiensystemebene werden in Untersuchungen demokratischer, das heißt kompetitiver Parteiensysteme Parteien jedoch nur dann als getrennte Analyseeinheiten betrachtet, wenn sie miteinander im Wettbewerb stehen. Dies ist für CDU und CSU jedoch weder auf der elektoralen noch auf der parlamentarischen Ebene der Fall.
- 4 Als Indikator hierfür dient meist die „effektive Anzahl der Parteien“ (vgl. *Markku Laakso / Rein Taagepera*, ‘Effective’ Number of Parties. A Measure with Application to West Europe, in: *Comparative Political Studies*, 12. Jg. (1979), H. 1, S. 3 – 27). Der Index ist so gestaltet, dass die effektive Anzahl der Parteien auf der elektoralen beziehungsweise parlamentarischen Ebene der

*Abbildung 1: Die Entwicklung der elektoralen und parlamentarischen Fragmentierung des Parteiensystems seit 1949 (effektive Anzahl der Parteien)*



Anmerkung: Zur „effektiven Anzahl der Parteien“ vgl. Fußnote 4.

Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der amtlichen Wahlstatistik.

und 2009 war das Parteiensystem sogar etwas fragmentierter als 1949. Dieser Trend wurde 2013 zum ersten Mal auf beiden Ebenen wieder deutlich umgekehrt (vgl. Abbildung 1).

Die durch ihren gemeinsamen Stimmen- beziehungsweise Mandatsanteil gemessene Dominanz der beiden Volksparteien, die schon seit den 1980er Jahren und verstärkt in den 2000er Jahren zurückgegangen war, stieg 2013 wieder stark an. Zudem zeigte sich zwischen ihnen schon 2009 und wesentlich stärker noch 2013 wieder eine deutliche Asymmetrie zugunsten der CDU/CSU, die sich bereits in den 1950er Jahren herausgebildet, ab Mitte der 1990er Jahre aber nicht mehr bestanden hatte. Insgesamt ist das deutsche Parteiensystem durch die Wahl von 2013 wieder zum Typus des Systems mit Zweiparteidominanz zurückgekehrt, nachdem es 2009 in ein pluralistisches System übergegangen war.<sup>5</sup>

Die durch die Wahl bewirkten Strukturveränderungen des Parteiensystems haben auch starke Anreize zum Abbau seiner noch bestehenden inhaltlichen Segmentierung in Form koalitionsstrategischer Trennungslinien gesetzt. Die Parteien haben schon kurz nach der

realen Parteienanzahl entspricht, wenn alle Parteien den gleichen Stimmen- beziehungsweise Mandatsanteil aufweisen, also ein ausgeglichenes Machtverhältnis existiert. Je ungleicher das Machtverhältnis ist, das heißt je mehr sich die Parteien in ihrer Größe unterscheiden, desto geringer ist die effektive im Vergleich zur realen Anzahl, und bei Dominanz nur einer Partei nähert sie sich dem Wert 1.

5 Zur Typologisierung von Parteiensystemen in Systeme mit einer prädominanten Partei, Systeme mit Zweiparteidominanz, pluralistische Systeme und hochfragmentierte Systeme vgl. Oskar Niedermayer, Die Parteiensysteme der EU-Mitgliedstaaten, in: ders. (Hrsg.), Handbuch Partienforschung, Wiesbaden 2013, S. 847 – 874, S. 850.

Wahl begonnen, darauf zu reagieren, indem sie neue Koalitionsoptionen in ihr Kalkül einbezogen haben.

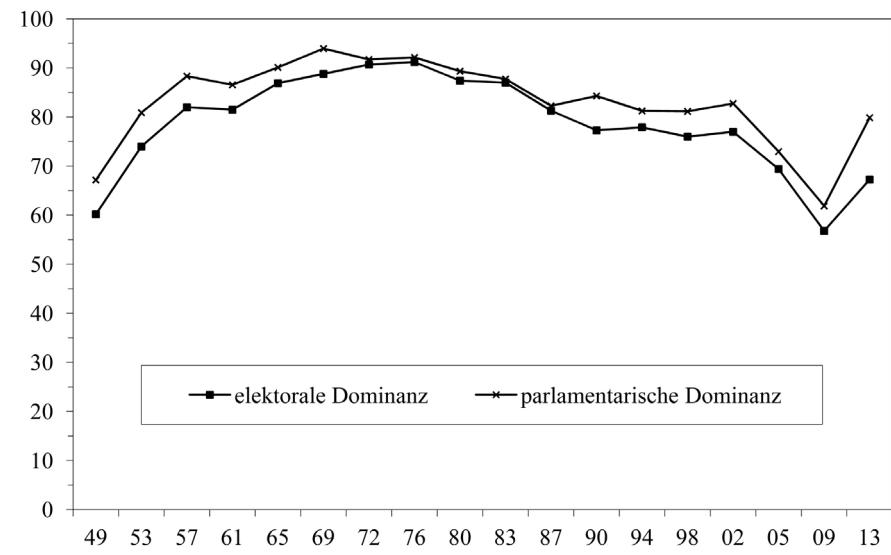
Zwei Jahre nach der Wahl soll in einer Verbindung aus Halbzeitbilanz und Verdeutlichung von Zukunftschancen versucht werden, die Frage zu beantworten, ob die Wahl von 2013 eine Ausnahme oder einen Wendepunkt in der Parteiensystementwicklung darstellt. Ist der vieldiskutierte Niedergang der Volksparteien gestoppt? Gibt es wieder eine langfristige Asymmetrie zugunsten der Union? Wie sind die Chancen der FDP auf ein Comeback? Kann sich die AfD mittelfristig im Parteiensystem etablieren? Ist die Linkspartei als gesamtdeutsche Partei fest verankert und wird sie koalitionsfähig? Entwickeln sich die Grünen zur nach beiden Seiten prinzipiell koalitionsbereiten Scharnierpartei? Was bedeutet dies für das Parteiensystem, seine Eigenschaften und seine typologische Einordnung?

## *2. Die Entwicklung der Volksparteien*

Das deutsche Parteiensystem war von Beginn an und sechs Jahrzehnte lang von einer Zwei-parteiendominanz geprägt. Obwohl nach der ersten Bundestagswahl von 1949 zehn Parteien im Bundestag vertreten waren, konnten Union und SPD zusammen schon über 60 Prozent der Wählerstimmen und über 67 Prozent der Bundestagsmandate auf sich vereinigen (vgl. Abbildung 2). Die Dominanz der beiden Volksparteien stieg in den nächsten zwei Jahrzehnten noch deutlich an, und in den 1970er Jahren erhielten sie zusammen 91 Prozent der Wählerstimmen und 92 Prozent der Mandate. Seit den 1980er Jahren und verstärkt in den 2000er Jahren zeigten sich jedoch Mobilisierungsschwächen von Union und SPD. Sie erreichten ihren Höhepunkt bei der Bundestagswahl 2009, bei der die Union mit 33,8 Prozent auf das zweitschlechteste und die SPD mit 23 Prozent auf das schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte zurückfiel und der gemeinsame Mandatsanteil der beiden Volksparteien im Bundestag zum ersten Mal unter die Zwei-Drittel-Grenze rutschte. Diese in der Partienforschung unter dem Stichwort „Niedergang der Volksparteien“<sup>6</sup> diskutierte Entwicklung schien unumkehrbar zu sein. Bei der Bundestagswahl 2013 erhöhte sich ihre elektorale und parlamentarische Dominanz jedoch wieder deutlich auf 67 Prozent der Stimmen und knapp 80 Prozent der Mandate. Das heißt: Der Niedergang der Volksparteien ist kein zwangsläufiger, nur durch langfristige ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen bestimmter Prozess. Er kann durch die Parteien selbst aufgehalten beziehungsweise umgekehrt werden, wenn sie durch ihr personelles und inhaltliches Angebot an die Wähler die das Wahlverhalten prägenden kurzfristigen Faktoren – die Beurteilung der Spitzenkandidaten und der relevanten Sachthemen – optimal im Parteisinne beeinflussen. Dies gelang 2013 vor allem der Union: Insbesondere die Personalisierung des Wahlkampfs auf *Angela Merkel*, die bei den Bürgern die besten Kanzlerbeurteilungen seit 1990 erhielt, aber auch die inhaltliche Verbindung der Kanzlerin mit einem auf den wirtschaftspolitischen Markenkern der Union ausgerichteten Wahlkampf, der auf der Basis guter ökonomischer Grundlagen das Bedürfnis der Wähler nach einem „weiter so“ bediente, führten zum historischen Wahlsieg. Und selbst die SPD, deren nicht so richtig zum Programm passen-

6 Zur Zusammenfassung und Kritik dieser Diskussion vgl. *ders.*, Die Kontroverse um die Entwicklung der Volksparteien in Deutschland, in: *Alexander Gallus / Thomas Schubert / Tom Thieme* (Hrsg.), Deutsche Kontroversen, Baden-Baden 2013, S. 523 – 534.

**Abbildung 2: Die Entwicklung der elektoralen und parlamentarischen Dominanz von CDU/CSU und SPD seit 1949 (gemeinsamer Stimmen- beziehungsweise Mandatsanteil)**

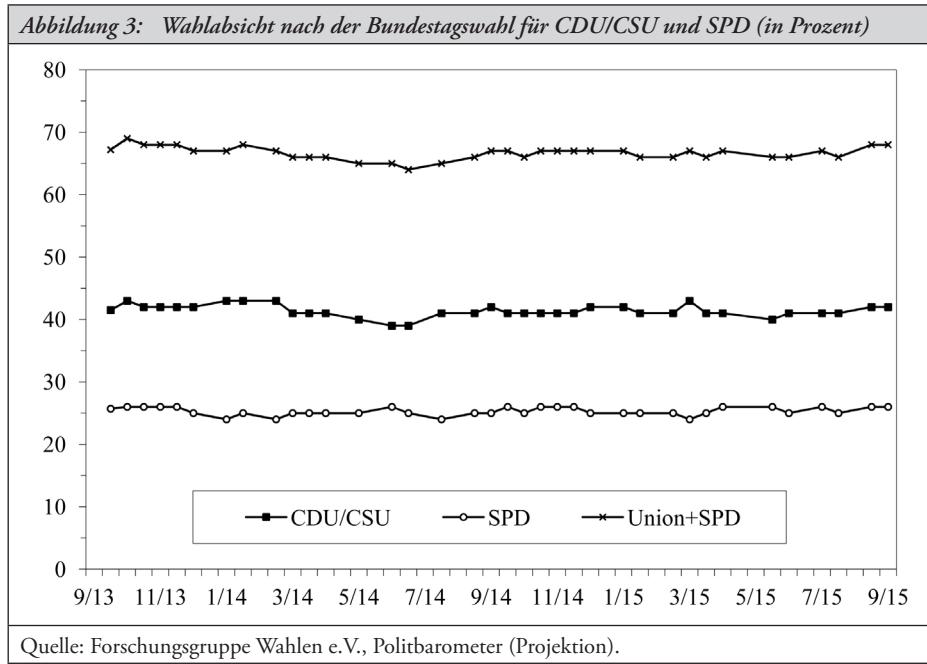


Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der amtlichen Wahlstatistik.

der Spitzenkandidat *Peer Steinbrück* sich durch eigene Fehler in Bedrängnis brachte und deren inhaltliche Strategie nur begrenzt Früchte trug, konnte sich von ihrem historischen Tief wieder etwas erholen.

In der ersten Hälfte der Wahlperiode nach der Wahl – das heißt bis Anfang September 2015 – hat sich am Ausmaß der Unterstützung der beiden Volksparteien durch die Bürger nichts verändert. Den Umfragen zufolge blieben CDU/CSU und SPD in etwa auf dem Stimmenanteil, den sie bei der Wahl erreicht hatten, so dass auch der gemeinsame Stimmenanteil auf dem Niveau des Wahlergebnisses von 2013, das heißt bei nur geringfügig schwankenden Werten um 67 Prozent, verblieb (vgl. Abbildung 3). Das ist eher ungewöhnlich, denn normalerweise beginnt die Zustimmung der Wähler zu den Regierungsparteien nach einer kurzen Nachwahleuphorie abzubrücken. Geschuldet ist dies der Tatsache, dass Regierungen zwischen zwei Parlamentswahlen in der Regel einem Popularitätszyklus unterliegen: Sie haben vor der Wahl bei ihren Anhängern hohe Erwartungen geweckt, die sie durch ihre konkrete Politik meist enttäuschen. Zudem führen die Regierungen notwendige, aber bei der Bevölkerung unbeliebte Maßnahmen bevorzugt in der ersten Halbzeit der Wahlperiode durch, damit das Wahlvolk sie bis zur nächsten Wahl wieder vergessen hat. Daher fallen die Zufriedenheitswerte mit der Arbeit der Bundesregierung normalerweise in den ersten zwei Jahren deutlich, und dies wirkt sich negativ auf die Wahlabsichten zugunsten der Regierungsparteien aus.

Nach der Bundestagswahl 2013 war dies jedoch nicht der Fall, wie Abbildung 4 zeigt. Im Gegenteil: Bei der ersten Messung der Zufriedenheit mit der nach langen Verhandlungen erst Mitte Dezember 2013 vereidigten Großen Koalition erreichte die Bundesregierung schon einen Wert, der über denen der letzten drei Regierungen lag. In der Folgezeit stieg

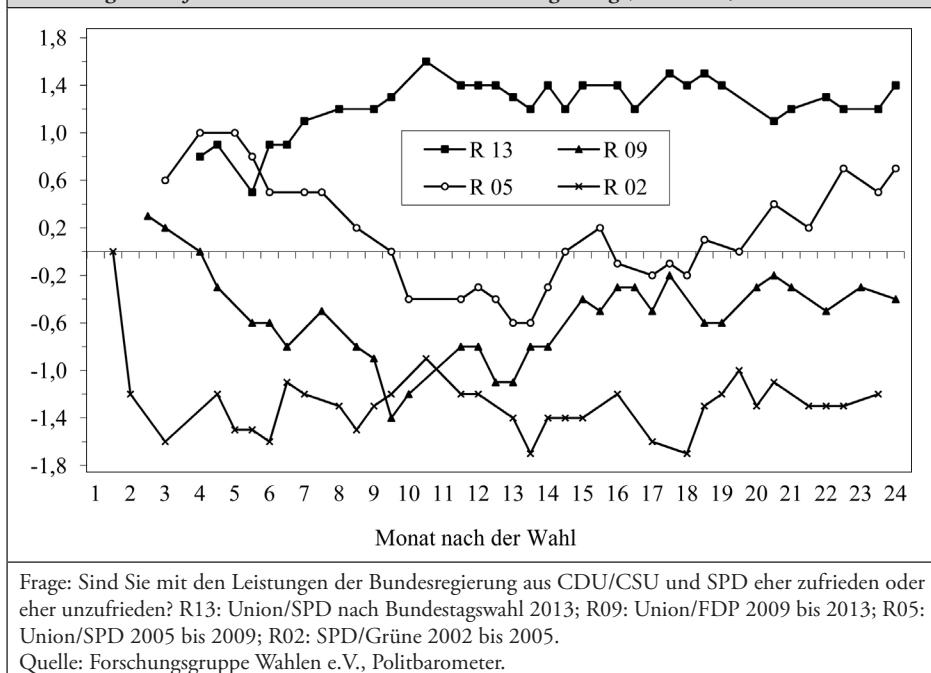


die Zufriedenheit – von einem kurzzeitigen Einbruch in der zweiten Februarhälfte abgesehen – noch weiter an und erreichte mit 1,2 bis 1,5 auf einer Skala von -5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden) im zweiten Jahr Werte, von denen die letzten drei Regierungen im vergleichbaren Zeitraum sehr weit entfernt waren. Dies gilt vor allem für die rot-grüne Regierung von 2002 bis 2005, aber auch für die Union/FDP-Koalition von 2009 bis 2013 und sogar für die Große Koalition von 2005 bis 2009. Die Große Koalition von 2013 ist daher von den letzten vier Regierungen diejenige, deren Arbeit in der ersten Hälfte der Wahlperiode von den Bürgern mit Abstand am besten bewertet wird.

Für diese gute Beurteilung, die sich in den Wahlabsichten niederschlug, gibt es einen wesentlichen Grund: Im Gegensatz zu ihren Vorgängern führte die Regierung keine von der Bevölkerung kritisch gesehenen Reformen durch und hielt die wichtigsten Versprechen, die die Regierungsparteien den Wählern im Wahlkampf gemacht hatten. Dies betraf vor allem die beiden 2014 beschlossenen zentralen sozialpolitischen Maßnahmen, die in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stießen: die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und der Rente mit 63 Jahren. Zudem führten außenpolitische Krisensituationen wie die sich 2014 immer mehr zusätzende Ukraine-Krise und das nach dem Wahlsieg von Syriza bei der Parlamentswahl im Januar 2015 die Agenda beherrschende Griechenlandproblem in der Regel dazu, dass sich die Bevölkerung hinter die Regierungsparteien schart. Auch das dramatische Anwachsen des Flüchtlingsstroms führte bis Anfang September 2015 noch nicht zu einer Veränderung in der guten Beurteilung der Koalition.

Neben der in der gesamten ersten Hälfte der Wahlperiode weiterhin gegebenen Zweiparteiendominanz hat sich auch die Größenrelation zwischen CDU/CSU und SPD nicht verändert: Die Union konnte in den Umfragen den deutlichen Abstand zur SPD aufrecht-

Abbildung 4: Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung (in Prozent)



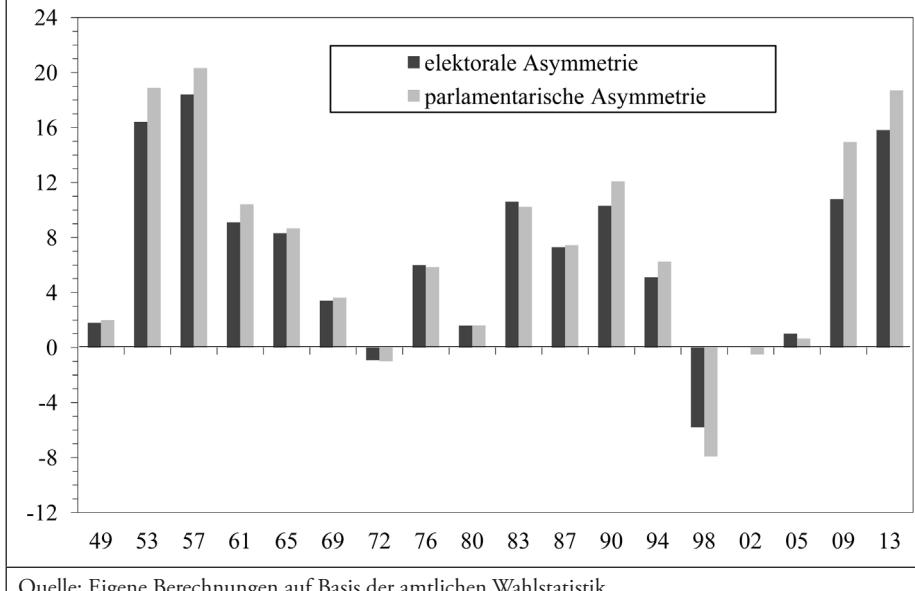
erhalten (vgl. Abbildung 3). Diese Asymmetrie zwischen den beiden Volksparteien, das heißt der sowohl bei den Stimmen- als auch bei den Mandatsanteilen bestehende Vorsprung der Union vor der SPD, ist eine Eigenschaft, die das deutsche Parteiensystem seit den 1950er Jahren fast durchgehend prägte, wie Abbildung 5 zeigt.

Waren Union und SPD bei der ersten Bundestagswahl 1949 sowohl auf der Wähler- als auch auf der Parlamentsebene noch etwa gleich stark, so bildete sich in den 1950er Jahren eine elektorale und parlamentarische Asymmetrie zugunsten der Union heraus, die – mit Ausnahme der Wahl von 1972<sup>7</sup> – bis Mitte der 1990er Jahre bestehen blieb. Allein 1998, als es der SPD mit dem Duo *Gerhard Schröder* und *Oskar Lafontaine* unter dem Motto „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ gelang, der Wählerschaft eine optimale Verbindung von sozialer Kern- und wirtschaftlicher Sekundärkompetenz zu vermitteln, konnte die SPD deutlich mehr Stimmen und Mandate erhalten als die Union. Die vor dieser Wahl geweckten hohen Erwartungen konnten nach der rot-grünen Regierungsübernahme allerdings nicht eingelöst werden, und seit 2003 wurden die Probleme der Sozialdemokraten durch die Agenda 2010 noch deutlich verstärkt.

Durch die Agenda 2010 verschob die SPD ihre Position in Richtung des marktliberalen Pols der zentralen sozio-ökonomischen Konfliktlinie, die den Parteienwettbewerb in Deutschland prägt: dem Sozialstaatskonflikt zwischen marktliberalen und an sozialer Gerechtigkeit orientierten Wertvorstellungen hinsichtlich der Rolle des Staates in der Ökono-

7 Bei dieser Wahl konnte die SPD die kurzfristigen Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten optimal für sich nutzen (Stichworte: *Willy Brandt* und Neue Ostpolitik).

*Abbildung 5: Die Entwicklung der elektoralen und parlamentarischen Asymmetrie zwischen CDU/CSU und SPD seit 1949 (Differenz der Stimmen- beziehungsweise Mandatsanteile in Prozentpunkten)*



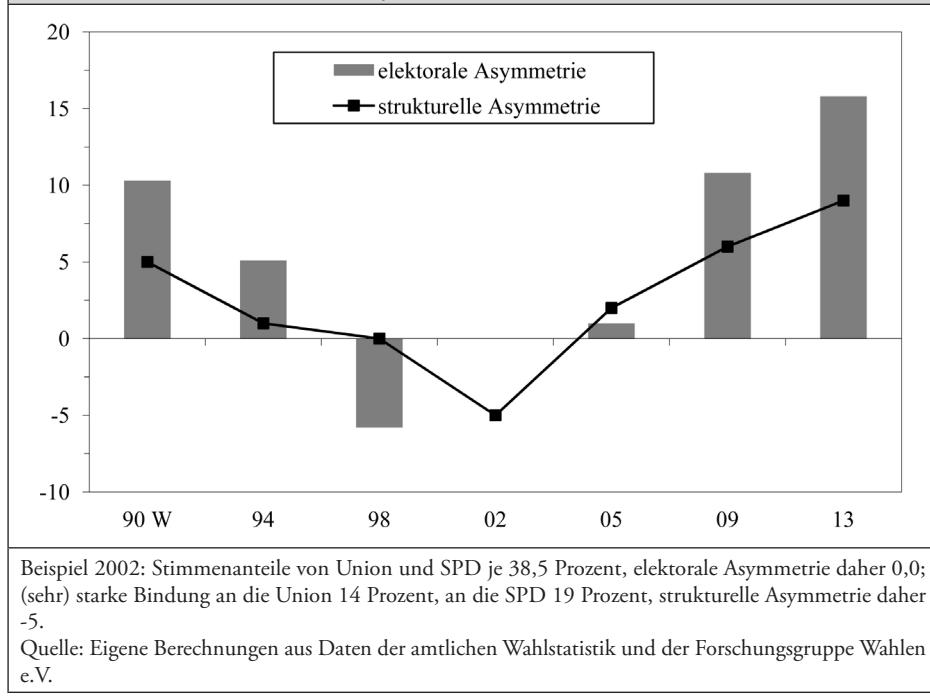
mie. Diese Positionsveränderung beeinträchtigte ihren traditionellen Markenkern, das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, und führte durch die Abspaltung der WASG und deren Vereinigung mit der PDS zur Partei Die Linke 2007 zu einer Strukturveränderung des Parteiensystems. Durch diesen Zusammenschluss wurde aus der bisherigen ostdeutschen Regionalpartei PDS eine relevante gesamtdeutsche Konkurrenzpartei zur SPD, die ein Teil ihres Wählerpotenzials streitig machte und auch wesentlich zu ihrem regelrechten Absturz bei der Bundestagswahl 2009 beitrug. Damit wurde 2009 die Asymmetrie zugunsten der Union durch eine Veränderung der Angebotsseite des politischen Wettbewerbs mit Auswirkungen auf die Wählerpräferenzen wieder hergestellt; 2013 vergrößerte sich diese Asymmetrie noch deutlich.

Bekanntlich hängt das Wahlergebnis und damit das Ausmaß der Asymmetrie zwischen den beiden Volksparteien von langfristigen und kurzfristigen Faktoren ab. Man kann sich daher fragen, in welchem Ausmaß die Vorteilposition einer der beiden Parteien durch langfristige Faktoren bedingt ist, so dass eine strukturelle Asymmetrie vorliegt. Folgt man dem sozialpsychologischen Modell des Wahlverhaltens, werden die beiden kurzfristigen Determinanten durch die Orientierungen gegenüber den Spitzenkandidaten und den im Wahlkampf relevanten Sachthemen gebildet; die längerfristige Determinante ist die Parteidentifikation, das heißt die gefühlsmäßige Bindung an eine Partei. Abbildung 6 zeigt zunächst das Ausmaß an struktureller Asymmetrie zwischen den beiden Volksparteien seit 1990, indem die Differenz der Anteile der Wahlberechtigten mit einer starken beziehungsweise sehr starken Bindung an die Union und die SPD dargestellt wird. Es wird deutlich, dass auch die längerfristigen Bindungen mit der Zeit im Aggregat durchaus

schwanken, nicht zuletzt weil sich die Gesamtheit der Wahlberechtigten verändert. Ab 1994 bestand eine längerfristige, strukturelle Vorteilsposition der Union nicht mehr, und bei der Wahl von 2002 wies die SPD sogar einen höheren Anteil an Parteigebundenen auf.

Die Entwicklung der strukturellen Asymmetrie wird in Abbildung 6 der Entwicklung der elektoralen Asymmetrie, also der Differenz zwischen den Stimmenanteilen von Union und SPD in Prozentpunkten, gegenübergestellt.<sup>8</sup> So wird deutlich, dass es der SPD 1998 gelang, die Pattsituation in Bezug auf die längerfristigen Parteibindungen durch das schon angesprochene optimale personelle und inhaltliche Angebot an die Bürger in einen elektoralen Sieg zu verwandeln. 2002 jedoch vergab sie ihre längerfristige Vorteilsposition durch eine schlechte kurzfristige Performanz und erreichte nur ein Stimmenpatt mit der Union. Bei der Bundestagswahl 2013 schaffte es die Union, durch die Konzentration auf die von der Bevölkerung sehr gut bewertete Spitzenkandidatin *Angela Merkel* und eine inhaltlich am Markenkern der Partei ausgerichtete Kampagne die beiden Kurzfristfaktoren des Wahlverhaltens optimal in ihrem Sinne zu beeinflussen und damit die SPD in den Stimmenanteilen deutlich stärker hinter sich zu lassen, als ihre strukturelle Vorteilsposition bei den längerfristigen Parteibindungen dies vorgab.

*Abbildung 6: Strukturelle und elektorale Asymmetrie zwischen CDU/CSU und SPD 1990 bis 2013 (Prozentsatzdifferenzen)*



8 Für die Kurve beziehungsweise Balken bedeuten positive Werte somit, dass die Union einen höheren Prozentsatz an Parteigebundenen beziehungsweise Wählerstimmen aufweist als die SPD.

Die Bevölkerung hatte kurz vor der Bundestagswahl eine klare Vorstellung davon, welcher der beiden Kurzfristfaktoren primär für das gute Abschneiden der Union verantwortlich war, nämlich die Spitzenkandidatin. Zu erklären ist diese Einschätzung durch die außerordentlich guten Werte, die *Merkel* bei allen Indikatoren zur Kandidatenorientierung erreichte.<sup>9</sup> Betrachtet man die auch zwischen den Wahlen kontinuierlich erhobene generelle Beurteilung, so hat sich daran in der ersten Hälfte der Wahlperiode nichts geändert (vgl. Abbildung 7). Mit einem sehr guten durchschnittlichen Wert von 2,4 auf einer Skala von -5 (halte überhaupt nichts von ihr) bis +5 (halte sehr viel von ihr) erzielte *Merkel* sogar noch eine bessere Beurteilung als kurz vor der Wahl (2,1). Getrübt wird das Bild des personellen Faktors bei der Union allerdings etwas durch das stetige Absinken der Werte für den Vorsitzenden der CSU, *Horst Seehofer*, der zwischenzeitlich sogar in den negativen Bereich abrutschte. Zusätzlich könnte das Schicksal der beiden Prestigeprojekte der CSU, die PKW-Maut und das Betreuungsgeld, die von der EU-Kommission beziehungsweise dem Bundesverfassungsgericht gestoppt wurden, den Beitrag der CSU zur guten Umfragelage der Union geschmälert haben.

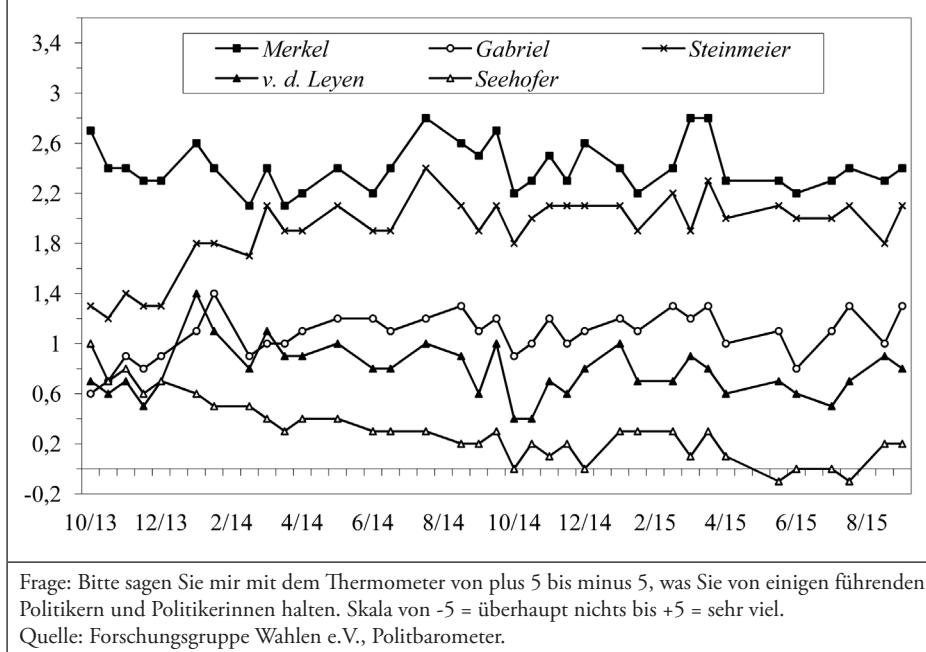
Von den SPD-Spitzenpolitikern kommt nur der Außenminister *Frank-Walter Steinmeier* nahe an die guten Werte der Kanzlerin heran. Im Einklang mit seiner guten Bewertung trauten im September 2015 51 Prozent der Bundesbürger ihm zu, Bundeskanzler zu werden, beim SPD-Vorsitzenden *Sigmar Gabriel* waren es nur 34 Prozent.<sup>10</sup> Es ist aber höchst unwahrscheinlich, dass *Steinmeier* – nachdem die SPD mit ihm als Kanzlerkandidaten 2009 das schlechteste Ergebnis seit 1945 erzielt hatte und er für die Wahl 2013 nicht wieder kandidieren wollte – nochmals antritt. Angesichts der Dominanz der Kanzlerin, die 2017 wohl erneut als Spitzenkandidatin zur Verfügung stehen wird, stellte Schleswig-Holsteins sozialdemokratischer Ministerpräsident *Torsten Albig* im Juli 2014 in Frage, ob die SPD für die Bundestagswahl 2017 überhaupt einen Kanzlerkandidaten brauche, was verständlicherweise für Empörung in den eigenen Reihen sorgte.<sup>11</sup> Wenn die SPD ihren Volkspartei- und damit potenziellen Führungsanspruch nicht von vornherein aufgeben will, muss sie natürlich mit einem eigenen Spitzenkandidaten für das wichtigste Staatsamt antreten. Der wird nach Lage der Dinge *Sigmar Gabriel* heißen, weil er sich als SPD-Vorsitzender nicht zum zweiten Mal einer Kandidatur verschließen kann und alle anderen möglichen Kandidaten schon abgewunken haben. Allerdings wurde Mitte 2015 ein zunehmender Entfremdungsprozess zwischen dem Vorsitzenden und seiner Partei konstatiert, als sein Dialog mit Pegida-Anhängern, sein Werben um das Transatlantische Handelsabkommen, sein Schwenk bei der Vorratsdatenspeicherung und schließlich sein Liebäugeln mit einem „Grexit“ im Rahmen der Diskussion um ein neues Hilfspaket für Griechenland viele Ge-

9 Über zwei Drittel schrieben den Erfolg *Angela Merkel* zu. Die guten Beurteilungswerte zeigten sich bei den verschiedenen Imagedimensionen, nach denen die Bevölkerung das politische Führungspersonal beurteilt (Sachkompetenz, Führungsqualitäten, Glaubwürdigkeit und persönliche Sympathie), bei der generellen Bewertung und bei der Kanzlerpräferenz (vgl. Oskar Niedermayer, Die Bundestagswahl 2013: eine Analyse des Wahlverhaltens, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 20. Jg. (2014), S. 5 – 15, S. 10 ff.).

10 Vgl. Emnid-Umfrage Ende August 2015; Christian Kerl, Vorteil Steinmeier, in: Berliner Morgenpost vom 1. September 2015, S. 5.

11 Vgl. Interview mit *Torsten Albig*, Albig: „Es ist schwer, gegen Merkel zu gewinnen“, in: NDR.de am 23. Juli 2015, <http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Albig-Es-ist-schwer-gegen-Merkel-zu-gewinnen,albig548.html> (Abruf am 24. Juli 2015).

Abbildung 7: Allgemeine Bewertung von Spitzopolitikern (Mittelwerte)



nossen vor den Kopf stießen.<sup>12</sup> Man warf ihm Sprunghaftigkeit und Unberechenbarkeit vor, doch in seinem Handeln zeigt sich durchaus eine Strategie, nämlich seine Partei in Richtung Mitte zu positionieren, um ihre Wahlchancen zu optimieren.<sup>13</sup> Gabriels eigene Beurteilungswerte durch die Gesamtbevölkerung und auch durch die eigenen Anhänger<sup>14</sup>, die deutlich unter denen von *Angela Merkel* liegen, sind jedoch bisher nicht dazu angetan, den Abstand zur Union zu verringern. Anders könnte es aussehen, wenn *Merkel* bei der übernächsten Wahl nicht mehr antritt. Ihre potenzielle Nachfolgerin *Ursula von der Leyen* wird bisher kontinuierlich etwas schlechter beurteilt als *Gabriel* (vgl. Abbildung 7).

12 Vgl. *Hans Monath*, Sigmar Gabriel, motiviert und kampfeslustig, in: Der Tagesspiegel online vom 29. August 2015, <http://www.tagesspiegel.de/politik/kritik-der-spd-an-ihrem-parteichef-sigmar-gabriel-motiviert-und-kampfeslustig/12243930.html> (Abruf am 31. August 2015).

13 Dies wird von der Parteilinken in einem Strategiepapier, das als Kampfansage gegen *Gabriel* interpretiert wird, als Relativierung des sozialen Markenkerns der Partei gesehen (vgl. ders., SPD-Linke wagt die Machtprobe mit Sigmar Gabriel, in: Der Tagesspiegel online vom 5. September 2015, <http://www.tagesspiegel.de/politik/kurstreit-bei-den-sozialdemokraten-spd-linke-wagt-die-machtprobe-mit-sigmar-gabriel/12280322.html> (Abruf am 7. September 2015)). Der SPD stehen somit auf ihrem nächsten Parteitag harte inhaltliche Auseinandersetzungen bevor, deren Ausgang einen deutlichen Einfluss auf ihre Wahlchancen haben wird.

14 Die SPD-Anhänger beurteilten *Gabriel* in der zweiten Augusthälfte 2015 im Schnitt mit 2,0, die Unionsanhänger *Angela Merkel* mit 4,0 (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer August 2015).

Der zweite Bestandteil des Erfolgsrezeptes der Union bei der Bundestagswahl 2013 war die inhaltliche Ausrichtung des Wahlkampfes an ihrem traditionellen Markenkern, der Wirtschaftskompetenz. Auch in diesem Bereich hat sich seit der Wahl nichts verändert, im Gegenteil: Der Abstand zur SPD ist eher noch größer geworden. Kurz vor der Bundestagswahl trauten 58 Prozent der Bürger am ehesten der Union zu, die Wirtschaft in Deutschland voranzubringen, für die SPD entschieden sich 22 Prozent. Im November 2014 war das Verhältnis 57 zu 16 Prozent.<sup>15</sup> Auf der Basis einer schon 2013 sehr guten und sich mit der Zeit sogar noch verbessernden Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation und der Wirtschaftslage des Landes<sup>16</sup> trägt auch dies zur Stabilisierung der Asymmetrie zugunsten der Union bei. Daran hat auch die Griechenlandkrise nichts geändert, da 62 Prozent der Deutschen das Agieren von *Angela Merkel* und sogar 74 Prozent das von *Wolfgang Schäuble* in der Griechenland-Krise positiv beurteilten.<sup>17</sup> In der Endphase der Verhandlungen um die Möglichkeit eines dritten Rettungspakets stieg die Euro-Krise Anfang Juli 2015 für die Bevölkerung kurzzeitig zum wichtigsten Problem auf (vgl. Abbildung 8).<sup>18</sup>

Von dieser Ausnahme abgesehen, war seit dem Herbst 2014 die Flüchtlings- und Asylproblematik das beherrschende Thema. Anfang September 2015 erhielt es – verbunden mit einer mit großer Medienaufmerksamkeit verfolgten Welle von fremdenfeindlichen Anschlägen einerseits und von Hilfsbereitschaft andererseits – eine Relevanzzuschreibung, die in ihrer Höhe nur vom Problem der Arbeitslosigkeit vor rund zehn Jahren erreicht worden war. Auf dem Hintergrund der Prognose eines Zustroms von circa einer Million Flüchtlingen allein bis Ende 2015 spricht vieles dafür, dass diese Problematik die zentrale Herausforderung für die Regierung in der zweiten Hälfte der Wahlperiode wird. Das Ausmaß an Akzeptanz, das für die Maßnahmen zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms in der Bevölkerung erzeugt werden kann, wird sicherlich Auswirkungen auf die Unterstützung der beiden Volksparteien bei der nächsten Bundestagswahl haben. Anzeichen dafür, dass die Flüchtlingskrise die Asymmetrie zwischen Union und SPD wesentlich beeinflussen wird, sind jedoch noch nicht zu erkennen. Zudem eignet sie sich auch wenig als Wahlkampf-Profilierungsthema, da die Bevölkerung keinen längeren Streit, sondern schnelle und konstruktive politische Maßnahmen erwartet.

Auch die sub- beziehungsweise supranationalen Wahlen, die im Untersuchungszeitraum stattfanden, haben sich so gut wie gar nicht auf die Umfrageergebnisse der beiden Volks-

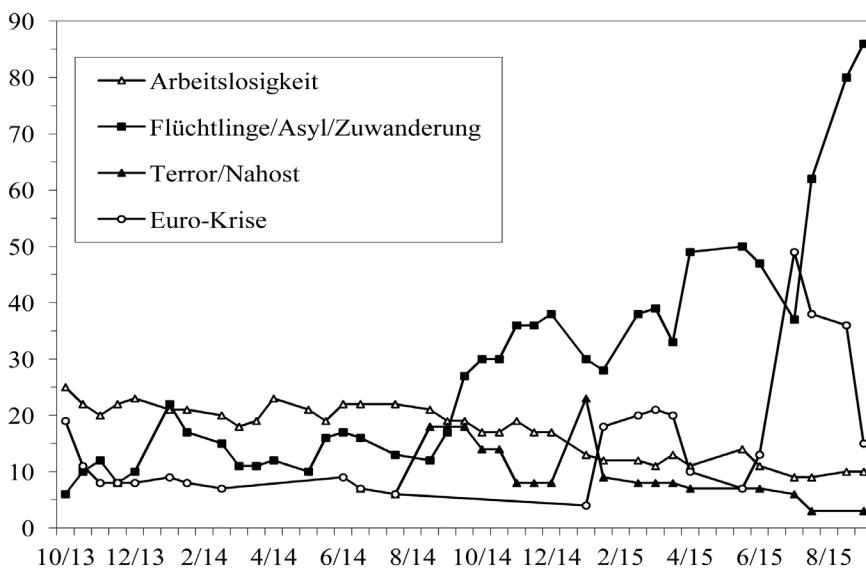
15 Vgl. Infratest dimap, WahlREPORT Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin 2013, S. 32; dies., ARD-DeutschlandTREND November 2014, Berlin 2014, S. 19.

16 Kurz nach der Wahl 2013 beurteilten 55 Prozent der Befragten ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut, nur neun Prozent als schlecht, die wirtschaftliche Lage Deutschlands wurde von 48 Prozent als gut und sieben Prozent als schlecht angesehen. Ende August 2015 waren es bei der eigenen Lage 63 zu sechs Prozent und bei der Wirtschaftslage in Deutschland 55 zu sechs Prozent (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer September IV 2013 und August 2015).

17 Vgl. dies., Politbarometer Juli II 2015.

18 Die Spionageaffäre um die NSA hingegen, die im März 2014 zur Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses führte und nach dem Bekanntwerden der Involvierungen des BND im Mai 2015 für manche Medien als der „größte politische Skandal unserer Zeit“ galt (*Klaus Brinkbäumer, Verrat und Verräter*, in: *Der Spiegel* vom 9. Mai 2015, S. 14), gehörte für die Bevölkerung über die gesamte Zeit hinweg nicht zu den relevanten Problemen, so dass sie – wie schon vor der Bundestagswahl 2013 – von der SPD auch nicht zur parteipolitischen Profilierung und Mobilisierung genutzt werden konnte.

Abbildung 8: Wichtigkeit von Problemen in den Augen der Bevölkerung (in Prozent)



Frage: Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland? Und was ist ein weiteres wichtiges Problem?

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer.

parteien auf der Bundesebene ausgewirkt. Bei der Europawahl am 25. Mai 2014<sup>19</sup> führten die personellen und inhaltlichen Faktoren dazu, dass die SPD ihre Anhänger etwas besser dazu motivieren konnte, zur Wahl zu gehen, als die Union. Auch wenn die Wirkung des personellen Faktors wegen der relativ geringen Bekanntheit des Spitzenpersonals begrenzt war, hatte Martin Schulz als deutscher und europäischer Spitzenkandidat vor allem bei den SPD-Anhängern durchaus einen Mobilisierungseffekt. Die Konzentration der Union auf Angela Merkel zeigte weniger Wirkung, da sie weder deutsche noch europäische Spitzenkandidatin war. Die dominierenden Themen in der Schlussphase des Wahlkampfes waren die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformvorhaben der Regierung, vor allem die zwei Tage vor der Wahl im Bundestag verabschiedete Rentenreform. Die Bevölkerung maß diesem Thema hohe Bedeutung zu und befürwortete eindeutig die von der SPD durchgesetzte und in Teilen der Union kritisierte Rente mit 63 Jahren. Die Union gewann zwar mit deutlichem Vorsprung vor der SPD die Wahl zum Europäischen Parlament (EP), musste aber gegenüber der Bundestagswahl Verluste von gut sechs Prozentpunkten hinnehmen, wozu auch das schlechte Abschneiden der CSU in Bayern beitrug. Die SPD hingegen konnte ihr Ergebnis gegenüber der Bundestagswahl 2013 leicht verbessern. Dies brachte ihr jedoch bundespolitisch keinen Aufwind.

19 Vgl. hierzu Oskar Niedermayer, Immer noch eine „nationale Nebenwahl“? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014, in: ZParl, 45. Jg. (2014), H. 3, S. 523 – 546.

Bei den fünf Landtagswahlen bis Mitte 2015 gewann die CDU dreimal Stimmen hinzu, zweimal musste sie Verluste verkraften; die SPD konnte nur in Sachsen etwas zulegen, viermal verlor sie gegenüber der letzten Wahl. Doch weder der Verlust der absoluten Mehrheit in Hamburg noch die Tatsache, dass mit Hilfe der deutlich abgestrafen SPD im Dezember 2014 in Thüringen zum ersten Mal ein Mitglied der Linkspartei zum Ministerpräsidenten einer rot-rot-grünen Koalition gewählt wurde, wirkte sich bundespolitisch negativ aus.

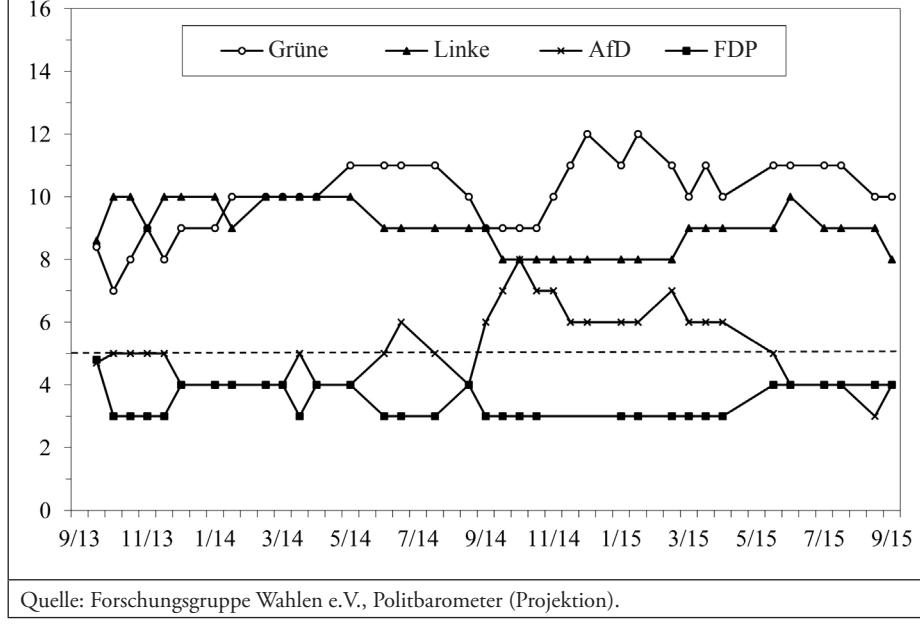
Insgesamt lässt sich somit schlussfolgern, dass die Entwicklung der kurzfristigen Einflussfaktoren auf die elektorale Performanz der beiden Volksparteien in der ersten Hälfte der Wahlperiode keine Anzeichen dafür erkennen lässt, dass sich an der Zweiparteiendomäne und der Asymmetrie zugunsten der Union in naher Zukunft, also bis zur Bundestagswahl 2017, sehr viel ändern wird.

### *3. Die Entwicklung der kleineren Parteien*

Bei den kleineren Parteien zeigte sich in der Wählerunterstützung nach der Bundestagswahl 2013 etwas mehr Bewegung (vgl. Abbildung 9).

Dies gilt insbesondere für die Alternative für Deutschland (AfD). Da die AfD die einzige neue Partei darstellt, die zu einer relevanten Veränderung des Parteiensystems im Umfeld der Bundestagswahl 2013 geführt hat, wird ihr ein eigener Abschnitt gewidmet.

*Abbildung 9: Wahlabsicht nach der Bundestagswahl: kleinere Parteien (in Prozent)*



### 3.1. Die AfD

Im Februar 2013 gegründet, konnte die AfD in weniger als einem halben Jahr eine flächen-deckende, funktionsfähige Organisation und Mitgliederbasis aufbauen, die geforderten innerparteilichen Kandidatenwahlen durchführen und die notwendigen Unterstützungsunterschriften für die Teilnahme an der Bundestagswahl im September 2013 sammeln. Zudem hatte sie ein strategisches Steuerungszentrum, genügend finanzielle Mittel für eine professionelle Kampagne und mit der Art ihrer Kritik an der Euro-Rettung ein inhaltliches Alleinstellungsmerkmal im Parteiensystem. Ihr sehr kurzes Wahlprogramm und weitere inhaltliche Aussagen verdeutlichten, dass die Partei im Sozialstaatskonflikt eine deutlich marktliberale beziehungsweise marktradikale Position und in der zweiten relevanten Konfliktlinie des Parteiensystems, dem gesellschaftspolitischen Konflikt zwischen progressiv-libertären und konservativ-autoritären Werten in der Frage der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, eine national-konservative Position vertrat.<sup>20</sup> Mit Ausnahme der Haltung zur Immigrationspolitik war diese inhaltliche Verortung für die Wähler im Rahmen der Kampagne jedoch nicht klar erkennbar. Daher war die AfD als populistische Protestalternative für Gruppen mit unterschiedlichen Orientierungen wählbar, zum Beispiel auch für ehemalige Wähler der Linkspartei.

Ihr „erfolgreiches Scheitern“<sup>21</sup> mit 4,7 Prozent bei der Bundestagswahl, das mit einer gesteigerten Medienaufmerksamkeit einherging, brachte ihr bis zum Jahresende bundesweite Umfragewerte um die fünf Prozent, bevor die Wählerunterstützung etwas zu bröckeln begann. Dies änderte sich wieder mit der Wahl zum Europäischen Parlament: Die AfD bestritt ihren Wahlkampf mit harscher Kritik sowohl an der Politik der Bundesregierung als auch an der Europäischen Union. Dabei stand nicht nur die Euro-Rettung im Vordergrund, sondern auch die Zuwanderungspolitik. Damit bot sie sich nicht nur ökonomisch orientierten Gegnern der Euro-Rettung, sondern auch gesellschaftspolitisch national-konservativen Protestwählern als Alternative an. Da die bisher auch bei Europawahlen geltende Fünf-Prozent-Hürde diesmal wegfiel<sup>22</sup>, mussten potenzielle AfD-Wähler zudem nicht befürchten, ihre Stimme sei verloren. So konnte die Partei ihr Ergebnis gegenüber der Bundestagswahl deutlich auf 7,1 Prozent steigern und zog mit sieben Abgeordneten in das EP ein. Ein deutlicher Aufschwung in den Umfragen auf der Bundesebene erfolgte jedoch erst, als die AfD bei der sächsischen Landtagswahl Ende August 2014 mit 9,7 Prozent zum ersten Mal auf Landesebene reüssierte und gleich darauf bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen Mitte September zweistellige Ergebnisse erzielte. Die Hochphase hielt jedoch nicht allzu lange und konnte auch durch den – deutlich knapperen – Einzug in die

20 Von einigen Politikern, Medien und auch in Teilen der Wissenschaft wird die AfD als rechtspopulistische Partei angesehen. Dieser Begriff soll hier wegen der Tatsache, dass es in der Politikwissenschaft keine allgemein akzeptierte Definition des Rechtspopulismus gibt, nicht verwendet werden.

21 Oskar Niedermayer, Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: *ders.* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 175 – 207, S. 181.

22 Im Rahmen der Prüfung der EP-Wahl von 2009 hatte das Bundesverfassungsgericht im November 2011 die Fünf-Prozent-Hürde für verfassungswidrig und daher nichtig erklärt. Daraufhin wurde im Juni 2013 vom Deutschen Bundestag eine Drei-Prozent-Hürde eingeführt, wogegen mehrere Parteien Verfassungsbeschwerde einlegten. Am 26. Februar 2014 erklärte das Bundesverfassungsgericht auch die neue Regelung für verfassungswidrig und damit nichtig, so dass die EP-Wahl zum ersten Mal ohne parlamentarische Repräsentationshürde stattfand.

Bürgerschaften von Hamburg und Bremen nicht stabilisiert werden. Ab Mitte 2015 lag die AfD wieder knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde (vgl. Abbildung 9).

Diese Entwicklung ist auf den ersten Blick erstaunlich, denn die Partei hätte ja eigentlich von der großen Bedeutung ihres ursprünglichen Markenkerns, der Euro-Rettung, und ihres zweiten inhaltlichen Hauptthemas, der Immigration, in der Bevölkerung (vgl. Abbildung 8) profitieren müssen. Dass sie diese Themenkonjunktur bis Anfang September 2015 nicht in eine steigende Wählerunterstützung ummünzen konnte, ist vor allem auf die immer heftigeren und schließlich zur Parteispaltung führenden politischen und personellen Konflikte innerhalb der Partei zurückzuführen.

Inhaltlich wurde die AfD bis nach der Europawahl primär über ihre Positionierung auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie, also über ihren Markenkern der Kritik an der Euro-Rettung, wahrgenommen. Durch die vor allem aufgrund ihrer Einstellungen zur inneren Sicherheit, insbesondere zur Grenzkriminalität, und zur Einwanderungs-/Asylthematik erreichten Erfolge bei den nachfolgenden ostdeutschen Landtagswahlen geriet jedoch ihre Positionierung auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie in den Blick. Diese Frage hatte schon seit dem Sommer 2013 bei Themen wie der Haltung zum Islam, zur Familien- und Geschlechterpolitik, zur Einwanderungs- und Asylpolitik und ab dem Herbst 2014 auch zu dem islamfeindlichen Pegida-Bündnis zu innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt, die immer mehr an Schärfe zunahmen, jedoch lange Zeit keine große öffentliche Aufmerksamkeit fanden. Dabei standen sich ein gemäßigt konservativer und ein rechtskonservativer Flügel mit unscharfer Abgrenzung zum rechten Rand gegenüber.

Der inhaltliche Streit wurde zudem überlagert durch persönliche Animositäten, die schon nach der Bundestagswahl 2013 in einigen Landesverbänden zu Intrigen und Putschversuchen führten und 2015 im Bundesvorstand zu einem offenen, über die Medien ausgetragenen Machtkampf eskalierten. Protagonisten waren zwei der drei gleichberechtigten Parteisprecher, *Bernd Lucke* und *Frauke Petry*, als Rivalen um die Führung der Partei; diese sollte auf einem außerordentlichen Parteitag Anfang Juli auf zwei und ab Ende 2015 auf eine Person konzentriert werden. Im März 2015 wurde von Funktionären des vor allem in den ostdeutschen Landesverbänden starken rechtskonservativen Flügels die Erfurter Resolution zur Positionsbestimmung verfasst, woraufhin *Bernd Lucke* im Mai 2015 die Gründung des Vereins „Weckruf 2015“ veranlasste, um den gemäßigt konservativen Flügel zu organisieren und zu stärken. Dies wurde von seinen Gegnern als organisatorische Vorbereitung einer Parteispaltung durch den Massenaustritt der *Lucke*-Anhänger für den Fall gedeutet, dass er die Vorstandswahl verlieren würde. Dass diese Deutung richtig war, zeigte sich, als der rechtskonservative Flügel den von einer aggressiven Grundstimmung und einigen tumultartigen Szenen geprägten Parteitag klar dominierte, die Vorstandswahlen für sich entschied und *Bernd Lucke* unter Buhrufen regelrecht abservierte. Dieser trat daraufhin am 10. Juli aus der AfD aus, und nachdem sich in einer Befragung der Weckruf-2015-Mitglieder die Mehrheit für eine Parteineugründung ausgesprochen hatte, wurde am 19. Juli in Kassel die Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) mit *Lucke* als Vorsitzendem gegründet. Durch Übertritte von der AfD gehören der neuen Partei fünf Europaabgeordnete und vier Landtagsabgeordnete (drei aus der Bremer Bürgerschaft und einer aus dem Thüringer Landtag) an.

Die ALFA ist der Versuch, eine marktliberal und konservativ positionierte Partei mit eindeutiger Abgrenzung zum rechten Rand<sup>23</sup> im deutschen Parteiensystem zu verankern. Da-

23 Vgl. § 3 der am 19. Juli beschlossenen Satzung.

mit soll auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie der FDP und auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie der Union Konkurrenz gemacht werden. Die Erfolgsaussichten sind jedoch aus heutiger Sicht sehr gering. Mit ihrem thematischen Schwerpunkt, der Kritik an der Euro-Rettung, kann sie – im Gegensatz zu manchen anderen EU-Ländern – in Deutschland nicht als parteipolitische Repräsentation einer neuen, zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinie um die Frage nationaler Autonomie versus supranationaler Integration fungieren. Auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie sieht sie sich einer wieder etwas erstarkten FDP gegenüber, und im gesellschaftspolitischen Bereich wird es schwer werden, in Abgrenzung zur Union auf der einen und der AfD auf der anderen Seite den Wählern genügend Alleinstellungsmerkmale zu vermitteln.

Auch für die AfD wird es jetzt aus mehreren Gründen schwieriger, sich im bundespolitischen Parteiensystem langfristig zu etablieren: Erstens bedeutet die Abspaltung der ALFA einen nicht unbeträchtlichen Verlust vor allem an personellen, aber auch an organisatorischen und finanziellen Ressourcen. Zweitens haben die monatelangen heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen das Image der Partei in der Wählerschaft beschädigt und zu einem deutlichen inhaltlichen Profilverlust geführt.<sup>24</sup> Drittens wurde der Parteitag von den Medien durchgängig als „Ruck nach rechts“<sup>25</sup> kommentiert, und die zukünftige Berichterstattung verspricht damit noch erheblich kritischer zu werden als zuvor. Viertens wird es der AfD in Zukunft noch deutlich schwerer fallen, sich mit der für eine Etablierung im deutschen Parteiensystem notwendigen Glaubwürdigkeit vom äußersten rechten Rand abzugrenzen. Fünftens wird sie damit ihren Konkurrentinnen in den folgenden Wahlkämpfen immer wieder Munition für ein „negative campaigning“ liefern. Die einzige relevante Unwägbarkeit in den Zukunftschenken der AfD ist die Flüchtlingskrise. Sollte das Problem weiter eskalieren und die etablierten Parteien bei seiner Bewältigung in den Augen der Bevölkerung versagen, wird dies zu einem Wiedererstarken der AfD führen.

### 3.2. FDP, Grüne und Linkspartei

Die FDP, die bei der Bundestagswahl 2009 mit 14,6 Prozent ihr mit Abstand bestes Wahlergebnis seit 1949 erzielt hatte, war bei der Wahl 2013 auf 4,8 Prozent abgestürzt und daher nach 64 Jahren parlamentarischer Repräsentanz aus dem Bundestag ausgeschieden. Sie hatte die Erwartungen ihrer Wähler enttäuscht, wurde als Klientelpartei wahrgenommen, hatte ihren Markenkern in Gestalt der Steuer- und Wirtschaftskompetenz verloren, ihre Regierungspolitik wurde sehr schlecht bewertet, und sie konnte diese Probleme im Wahlkampf nicht durch eine bei den Wählern positiv beurteilte neue Spitzenmannschaft sowie durch überzeugende inhaltliche Angebote auffangen.<sup>26</sup> Das Wahldesaster führte zum Rücktritt der gesamten Führungsriege, und auf einem Parteitag Anfang Dezember 2013 wurde der nordrhein-westfälische Landes- und Fraktionschef *Christian Lindner* zum neuen Vorsitz-

<sup>24</sup> Vgl. Renate Köcher, Die Rückkehr der FDP, in: FAZ online vom 20. August 2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/umfrage-die-fdp-kehrt-zurueck-die-afd-verliert-13756953.html> (Abruf am 21. August 2015).

<sup>25</sup> Jens Schneider, Ruck nach rechts, in: SZ vom 6. Juli 2015, S. 4.

<sup>26</sup> Vgl. Oskar Niedermayer, Von der dritten Kraft zur marginalen Partei: Die FDP von 2009 bis nach der Bundestagswahl 2013, in: *ders.* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 103 – 134, S. 126 f.

zenden gewählt, der die Partei inhaltlich wieder breiter verankern und auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie wieder sichtbarer positionieren wollte. Die innerparteiliche Konsolidierung schlug sich, auch aufgrund einer verhaltenen Medienberichterstattung, in den Umfragen jedoch nicht nieder. Im Wahlkampf zur Europawahl versuchte die FDP, mit einem „Ja“ zur Europäischen Union und Kritik an der Finanzpolitik der Regierung vor allem bei enttäuschten Unionsanhängern zu punkten. Angesichts der wenigen überregional profilierten Köpfe in der neuen Führung, des Verlustes des Markenkerns in den Augen der Wähler, der Ressourcenknappheit der Partei, der Schwierigkeiten, als außerparlamentarische Oppositionspartei Medienaufmerksamkeit zu erhalten, und der neuen Konkurrenz durch die AfD im sozio-ökonomischen Bereich fiel es der FDP jedoch sehr schwer, überhaupt wahrgenommen zu werden. Mit 3,4 Prozent war das Wahlergebnis noch schlechter als bei der Bundestagswahl, und die absolute Mehrheit der Bürger vertrat nun die Meinung, dass die FDP als Partei nicht mehr gebraucht werde.<sup>27</sup> Auch die nachfolgenden Landtagswahlen gerieten zum Desaster: In Sachsen verloren die Liberalen nicht nur ihre letzte Regierungsbeteiligung, sondern scheiterten sogar an der Fünf-Prozent-Hürde, genau so wie in Brandenburg und Thüringen.

Ende 2014 schien ihr Schicksal somit besiegelt zu sein; im Frühjahr 2015 zeigte sich jedoch wieder ein Lichtstrahl am Horizont: Durch zum Teil unkonventionelle Wahlkämpfe mit einer neuen FDP repräsentierenden Spitzenkandidatinnen, gelang es der Partei, in Hamburg mit einem leichten Stimmengewinn in der Bürgerschaft zu bleiben, in Bremen sogar deutlich zuzulegen und wieder in die Bürgerschaft einzuziehen. Danach wurde sie von manchen wieder als „notwendige Alternative“<sup>28</sup> im Parteiensystem wahrgenommen, für 15 Prozent der Bürger war es wichtig, dass die FDP im nächsten Bundestag wieder vertreten ist<sup>29</sup>, und in den bundesweiten Umfragen konnte sie zulegen.<sup>30</sup> Allerdings vermochte sie bis zum Spätsommer 2015 ihr Profil als Anwalt der Marktwirtschaft noch nicht soweit zu schärfen, dass sie in wesentlichem Umfang von der Schwäche der AfD als Konkurrenzpartei auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie profitierte.<sup>31</sup> Insgesamt stehen damit die Chancen der FDP, 2017 wieder in den Bundestag zurückzukehren, in der Mitte der Wahlperiode besser als im Jahr 2014. Eine Rückkehrgarantie ist dies jedoch noch lange nicht.

Bei den beiden im Bundestag vertretenen kleineren Parteien spricht hingegen zur Halbzeit alles dafür, dass dies auch so bleibt. Die Grünen hatten im Wahlkampf 2013 versucht, ihren traditionellen umweltpolitischen Markenkern auszuweiten und sich den Wählern durch das größte Steuererhöhungs- und Umverteilungsprogramm ihrer Geschichte in Konkurrenz zur SPD und der Linkspartei als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu präsentieren. Von den Steuerplänen war jedoch zum einen ein Teil der eigenen Klientel betroffen, und zum anderen führte diese Strategie nicht zu einer höheren Kompetenzzuweisung seitens der Bevölkerung im Bereich der Steuerpolitik beziehungsweise allgemein der sozialen Gerech-

27 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Mannheim 2014, S. 33.

28 Reinhard Müller, Die notwendige Alternative, in: FAZ online vom 15. Mai 2015, <http://www.faz.net/-gpf-83drd> (Abruf am 16. Mai 2015).

29 Vgl. Renate Köcher, a.a.O. (Fn. 24).

30 Im Vergleich zur Forschungsgruppe Wahlen (vgl. Abb. 6) wurde die Partei von anderen Umfrageinstituten ab Mitte 2015 bei fünf Prozent oder sogar leicht darüber gesehen.

31 Im August 2015 hatten 41 Prozent der Bevölkerung keine klare Vorstellung vom Programm der FDP, vgl. Renate Köcher, a.a.O. (Fn. 24).

tigkeit. Zudem konnte die Konkretisierung des traditionellen Markenkerns anhand der Haltung zur Energiewende den Wählern nicht optimal vermittelt werden. Die „Veggie-Day“-Debatte<sup>32</sup>, die den Grünen wieder das Image der Verbotspartei anheftete, und die Pädophilie-Diskussion<sup>33</sup>, die das Bild der moralischen Überlegenheit verdüsterte, taten das Ihrige, die Wählerunterstützung in der Schlussphase des Wahlkampfs deutlich nach unten gehen zu lassen. Am Ende mussten die Grünen sich mit 8,4 Prozent der Stimmen der Linkspartei knapp geschlagen geben. Die – gemessen an den lange vorherrschenden Erwartungen – deutliche Wahlniederlage führte zum Rücktritt einer Reihe von Führungspersönlichkeiten, die die Geschichte der Partei jahrzehntelang geprägt hatten. Die Personal- und inhaltlichen Orientierungsprobleme führten kurz nach der Wahl zu schwachen Umfragewerten, aber schon ab Anfang 2014 konnten Verbesserungen verzeichnet werden. Dazu trug auch der Entschluss wesentlich bei, den traditionellen Markenkern in Form der Umwelt- und Energiekompetenz wieder in den Vordergrund zu stellen, was man im Wahlkampf zur Europawahl auch tat. Im Herbst 2014 führte der Streit zwischen dem linken Flügel der Bundespartei und den von Jürgen Trittin als „Radikalrealos“ aus dem „Waziristan der Grünen“<sup>34</sup> bezeichneten Grünen in Baden-Württemberg nach der Zustimmung des dortigen Grünen-Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zum Asylkompromiss Mitte September 2014 noch einmal zu einer Umfrageschwäche (vgl. Abbildung 9), aber die Partei rangiert seither wieder vor ihrer Konkurrentin um Platz drei im Parteiensystem.

Diese Konkurrentin, die Linkspartei, hatte schon vor der Bundestagswahl 2013 die schwere Krise überwunden, die sie im Umfeld des Göttinger Parteitages im Juni 2012 an den Rand einer Parteispaltung geführt hatte. Unter ihrer neuen Führung gelang es, die Flügelkämpfe zwischen Fundamentalisten und Reformern zumindest nach außen hin einzudämmen, und der auf die Stammwählerschaft konzentrierte Wahlkampf mit dem Themenschwerpunkt soziale Gerechtigkeit bewirkte, dass ihr in den letzten Jahren erodierter Markenkern wieder deutlicher wurde. In der ersten Hälfte der Wahlperiode konnte sich die Linkspartei etwas über ihrem Wahlergebnis stabilisieren: Auch wenn sie nach der deutlichen Niederlage bei der Landtagswahl in Brandenburg und der durch Bundespräsident Joachim Gauck angestoßenen öffentlichen Diskussion um ihre Vergangenheitsbewältigung angesichts der Möglichkeit der Regierungsübernahme in Thüringen eine leichte Schwächeperiode hatte, so blieb sie in den Umfragen die gesamte Zeit über in der Nähe zweistelliger Werte. Zudem scheint die von Mitte 2012 bis Anfang 2013 durch den Verlust der parlamentarischen Repräsentation in drei westdeutschen Bundesländern aufscheinende Gefahr, sich wieder zur reinen Regionalpartei Ost zurückzuentwickeln, mittlerweile gebannt: In beiden westdeutschen Landtagswahlen nach der Bundestagswahl 2013 konnte sie zulegen, und in den bundesweiten Umfragen liegt sie im Westen Deutschlands stabil über fünf Prozent.<sup>35</sup>

32 Die Debatte drehte sich um den Grünen-Vorschlag eines fleischlosen Tags in Deutschlands Kantinen.

33 Befördert durch die parteiinterne Aufarbeitung des Themas entspann sich eine Diskussion über den Umgang der Grünen mit Pädophilen und ihren Forderungen in den 1980er Jahren.

34 Zitiert nach Nicola Abé, Der Schattenkrieger, in: Der Spiegel vom 20. Oktober 2014, S. 26 – 27, S. 26. Waziristan – das pakistanische Rückzugsgebiet der afghanischen Taliban – diente Trittin als Metapher für Baden-Württemberg als Rückzugsgebiet von ‚radikalen‘ Realos unter den Grünen.

35 Vgl. Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND, diverse Ausgaben.

Insgesamt lässt sich somit schlussfolgern, dass die Grünen und die Linkspartei auch nach der Bundestagswahl 2017 im Bundestag vertreten sein werden. Damit rückt die Frage in den Mittelpunkt, welche Rolle diese beiden Parteien bei der Regierungsbildung nach der Wahl einnehmen könnten.

#### *4. Die Möglichkeiten der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017*

Vor der Bundestagswahl 2013 bestanden in Bezug auf Regierungsbildungen zwei wesentliche koalitionsstrategische Trennungslinien: die zwischen SPD und Linkspartei und die zwischen Union und Grünen. Die durch die Wahl bewirkten Strukturveränderungen haben starke Anreize zum Abbau dieser noch bestehenden Segmentierung des Parteiensystems gesetzt. Die Parteien haben schon kurz nach der Wahl darauf reagiert.

Die SPD beschloss auf ihrem Mitte November 2013 abgehaltenen Parteitag, eine Koalition mit der Linkspartei auf der Bundesebene künftig nicht mehr auszuschließen. Machtstrategisch erscheint dies geboten: Eine rot-grüne Regierungsperspektive war bis zur Mitte der Wahlperiode angesichts der Umfragewerte zu keiner Zeit gegeben. Wenn sich die SPD nicht mit der Juniorrolle in einer Großen Koalition zufrieden geben will, muss sie daher ihre Koalitionsoptionen in Richtung einer rot-rot-grünen Zusammenarbeit erweitern. Dies verspricht jedoch aus einer Reihe von Gründen ein steiniger Weg zu werden. Bei der Bundestagswahl 2013 hatte das rechnerische „Linke Lager“ von SPD, Grünen und Linkspartei mit nur 42,7 Prozent der Stimmen keine gesellschaftliche Mehrheit, und in den Umfragen der gesamten ersten Hälfte der Wahlperiode hat sich daran nichts geändert. Zudem ist nicht vorauszusehen, wie die Wähler reagieren werden, wenn SPD und Grüne im Wahlkampf zum ersten Mal rot-rot-grün nicht ausschließen.<sup>36</sup> Auch in Teilen der Mitglieder und Funktionäre der drei Parteien bestehen noch grundsätzliche Vorbehalte gegen eine Koalition. Personell wird sie durch den Rückzug des Fraktionsvorsitzenden *Gregor Gysi*, der die Linke regierungsfähig machen wollte, nicht einfacher. Ob seine Nachfolgerin *Sahra Wagenknecht*, die zusammen mit dem Reformer *Dietmar Bartsch* die Fraktion nun führt, weiterhin strikt am Konzept der Haltelinien – also nicht verhandelbaren, insbesondere außen- und verteidigungspolitische Fragen betreffenden Grundsätzen – festhält, wird sich zeigen. Mitte 2014 verschärften sich die inhaltlichen Gegensätze in der Ukraine- und Europapolitik, verstärkt durch den Vorwurf der Linken an Bundespräsident *Joachim Gauck*, er sei ein „widerlicher Kriegshetzer“, so weit, dass in den Medien die Ansicht vorherrschte, Rot-Rot-Grün ginge „nun gar nicht mehr“<sup>37</sup>. Da diese Themen in der Landespolitik in der

36 Es bestehen immer noch Vorbehalte gegen eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei im Bund: In einer Umfrage kurz nach der rot-rot-grünen Regierungsbildung in Thüringen forderten 27 Prozent der Befragten, im Bund jede Zusammenarbeit mit der Linkspartei abzulehnen (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer Dezember 2014). Im Juli 2015 wünschten sich nach der nächsten Bundestagswahl nur drei Prozent eine rot-rot-grüne Koalition (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer Juli I 2015).

37 *Malte Lehming*, Klärende Klarheit, in: Der Tagesspiegel online vom 30. Juni 2014, <http://www.tagesspiegel.de//meinung/gauck-und-die-bundespolitik-klaerende-klarheit/10123926.html> (Abruf am 30. Juni 2015).

Regel keine Rolle spielen, können die daraus resultierenden Probleme auch nicht durch eine funktionierende Zusammenarbeit in Thüringen behoben werden. Insgesamt spricht somit vieles dafür, dass Rot-Rot-Grün noch eine längere Vorbereitungszeit braucht und daher für die nächste Bundestagswahl noch keine realistische Perspektive ist.

Eine weitere Schwierigkeit für eine rot-rot-grüne Machtperspektive besteht darin, dass die Grünen auf ihrem Parteitag im Oktober 2013 eine strategische Neuausrichtung vorgenommen haben. Man will nun das Ausmaß der Durchsetzung eigener politischer Inhalte zum einzigen Maßstab für Koalitionsentscheidungen machen. Dies bedeutet, dass die Grünen in Zukunft nicht mehr der „natürliche“ Koalitionspartner der SPD im Rahmen eines linken Lagers sein wollen, sondern sich im Parteiensystem als grundsätzlich nach beiden Seiten offene „Scharnierpartei“ definieren. Landespolitisch wurde diese neue Offenheit im Dezember 2013 in Hessen durch die Bildung der ersten schwarz-grünen Koalition in einem Flächenland demonstriert. Bundespolitisch ist die strategische Neuausrichtung der Grünen allerdings bisher vor allem im ökonomischen Bereich nicht durch eine inhaltlich-programmatische Neupositionierung untermauert worden. Auch wenn die dem linken Flügel zugerechnete Co-Vorsitzende *Simone Peter* Ende August 2015 ankündigte, die Grünen würden 2017 ohne klare Koalitionsaussage in den Wahlkampf ziehen, machte sie folgerichtig auch deutlich, eine Koalitionsperspektive hänge davon ab, „ob die Union sich bewegen wird“<sup>38</sup> – und derzeit sei ein Bündnis mit der Union schwer vorstellbar.

In der CDU gibt es hingegen durchaus einige, die sich eine schwarz-grüne Koalition vorstellen können. Auch die Union musste angesichts der Strukturveränderungen durch die Bundestagswahl 2013 ihre Bündnisoptionen erweitern, um nicht allein auf die SPD angewiesen zu sein.<sup>39</sup> Wie der Verlauf der Sondierungsgespräche mit den Grünen nach der Wahl zeigte, hat sie von ihrer Seite aus die Tür zu einer zukünftigen schwarz-grünen Koalition prinzipiell geöffnet. Auch angesichts des Wiedererstarkens der FDP wird in Teilen der CDU an dieser Perspektive festgehalten, weil sie zur Entstaubung des CDU-Images dienen könnte und man sich an die negativen Seiten des Bündnisses mit der FDP erinnert. Sollte die FDP jedoch 2017 wieder in den Bundestag einziehen und eine schwarz-gelbe Koalition rechnerisch machbar sein, wäre es wohl kaum möglich, der Basis und den Wählern den Verzicht auf den „natürlichen Koalitionspartner“<sup>40</sup> schmackhaft zu machen. Zudem sind die Widerstände gegen Schwarz-Grün in der CSU weit höher als in der CDU, und die Flüchtlingskrise vertieft die inhaltlichen Gräben. Da es nach der bisherigen Entwicklung der Umfragewerte auch eher unwahrscheinlich ist, dass Union und FDP schwächer wären als SPD, Grüne und FDP, würde sich auch die Frage nach einer vor allem bei den beiden kleinen Parteien äußerst unbeliebten Ampelkoalition erübrigen.

38 *Kevin Hagen*, Parteitag im November: Grünen-Chefin Peter kandidiert erneut, in: Der Spiegel online vom 31. August 2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-simone-peter-will-wieder-als-parteichefin-anreten-a-1050770.html> (Abruf am 1. September 2015).

39 Die von einigen ins Spiel gebrachte Strategie, bei der nächsten Wahl auf eine absolute Mehrheit zu setzen, erscheint wegen der möglichen parlamentarischen Repräsentation von FDP und AfD zu risikoreich.

40 So *Angela Merkel* auf dem CDU-Parteitag im Dezember 2014. Vgl. *Melanie Amann / Ralf Neukirch*, Die gelbe Gefahr, in: Der Spiegel vom 5. September 2015, S. 42 – 43, S. 42.

## 5. Fazit: Alles beim Alten. Oder doch nicht?

Die Analyse hat gezeigt, dass nicht die Bundestagswahl 2013, sondern in den wichtigsten Bereichen eher die von 2009 eine Ausnahmewahl war. Das deutsche Parteiensystem ist 2013 wieder zur traditionellen Zweiparteidominanz zurückgekehrt. Daran und auch an der Asymmetrie der beiden Volksparteien zugunsten der Union hat sich bis zur Mitte der Wahlperiode nichts geändert. Die FDP wird ihr Ausnahmegergebnis von 2009 nicht mehr annähernd erreichen, hat aber durchaus die Chance, 2017 wieder in den Bundestag zurückzukehren. Sollte dies geschehen, könnte – trotz der Aufweichung der Segmentierung des Parteiensystems durch die prinzipielle Schaffung neuer Koalitionsoptionen – auch die Regierungsbildung wieder nach traditionellem Muster verlaufen.

Nach Abschluss des Manuskripts Anfang September 2015 hat die Flüchtlingskrise eine dramatische Dynamik mit deutlichen Auswirkungen auf die Orientierungen der Bevölkerung entfaltet. Wie deren Wandel das Wahlverhalten und damit auch die zukünftige Entwicklung des Parteiensystems beeinflussen wird, ist derzeit – Ende Oktober 2015 – noch nicht abzusehen. Das momentan wahrscheinlichste Szenario ist allerdings, dass trotz dieser Veränderungen machtpolitisch letztlich alles beim Alten bleibt.

In der Relevanzbeschreibung durch die Bevölkerung ist die Flüchtlingskrise im Oktober mit außerordentlich großem, noch nie dagewesenen Abstand zu allen anderen Themen das einzige beherrschende Problem. Die Grundstimmung war dabei zunächst noch überwiegend zuversichtlich, und zwei Drittel der Deutschen fanden die Entscheidung *Angela Merkels* vom 6. September, die in Ungarn festsitzenden Flüchtlinge aufzunehmen, richtig.<sup>41</sup> Unter dem Eindruck des unaufhörlichen Zustroms begannen jedoch die Sorge vor den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen zu wachsen und die Beurteilung der Flüchtlingspolitik kritischer zu werden. Im Oktober ist die Stimmung den Umfragen zufolge weitgehend umgeschlagen<sup>42</sup>: Der Mehrheit der Bevölkerung macht die große Zahl der Flüchtlinge Angst. Sie ist der Auffassung, dass Deutschland den Zustrom nicht verkraften kann, und fordert eine Obergrenze für die Aufnahme. Für zwei Drittel birgt der Zustrom von Flüchtlingen kurzfristig mehr Risiken als Chancen, und die relative Mehrheit sieht das

41 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer September I 2015.

42 Vgl. diverse Daten von Infratest dimap, [http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit:](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/) (1) /umfragen/aktuell/deutsche-erwarten-starken-gesellschaftlichen-wandel-durch-die-zuwanderung; (2) /umfragen/aktuell/deutsche-mehrheit-mit-fluechtlingspolitik-der-bundesregierung-unzufrieden, (3) /sonntagsfrage; siehe auch Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer Oktober II, [http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/#\\_](http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/#_); Institut für Demoskopie Allensbach, Deutsche trauen Politik keine Lösung der Flüchtlingskrise zu, in: FAZ online vom 21. Oktober 2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/zweifel-an-loesung-der-fluechtlingskrise-durch-die-politik-13866897.html> (jeweils Abruf am 9. November 2015). Es gibt auch Hinweise darauf, dass die Willkommenskultur von Anfang an nicht ganz so stark ausgeprägt war, wie die Aussagen der Befragten über ihre eigene Meinung nahelegten. Die Daten der Allensbach-Umfragen lassen vermuten, dass „zunächst viele nicht wagten, sich außerhalb des Kreises vertrauter Gesprächspartner mit ihren Bedenken zu exponieren“. Auch im Oktober haben „noch 43 Prozent ... den Eindruck, dass man in Deutschland seine Meinung zu der Flüchtlingssituation nicht frei äußern darf“, um nicht in die rechte Ecke gestellt zu werden. Dort verortet die weit überwiegende Mehrheit sich nicht, wie auch die Ablehnung der Pegida-Bewegung durch 84 Prozent der Bevölkerung zeigt (vgl. Forschungsgruppe Wahlen, siehe oben).

auch langfristig so. Drei Viertel erwarten eine (sehr) starke Veränderung der Gesellschaft durch die Zuwanderung und finanzielle Einsparungen in anderen Bereichen. Zudem haben viele den Eindruck, dass die Probleme des Flüchtlingszustroms in der politischen Diskussion und der Medienberichterstattung nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Diese Stimmungslage wirkt sich auf die Beurteilung der politischen Akteure und ihrer Arbeit aus: Mehr als zwei Drittel sind mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung unzufrieden. Die Mehrheit ist der Auffassung, die Politik habe die Kontrolle über das teilweise hausgemachte Problem verloren und sei ratlos. Die allgemeine Bewertung *Angela Merkels* ist auf den schlechtesten Wert seit Dezember 2011 gefallen; mit ihrer Leistung in der Flüchtlingskrise ist die Bevölkerung mehrheitlich unzufrieden. Das gilt jedoch auch für die Arbeit ihres Gegenpols in der Union, *Horst Seehofer*, und ihres wahrscheinlichen Herausforderers *Sigmar Gabriel*. Die Zustimmungswerte für die Parteien spiegeln dies wider: Zwar ist die Union mit 36 bis 39 Prozent auf den seit langer Zeit schlechtesten Wert gefallen, die SPD kann mit 24 bis 25 Prozent jedoch nicht von der Schwäche des Koalitionspartners profitieren. Die deutliche Asymmetrie zugunsten der Union bleibt also bestehen. Zudem erhält die Bundeskanzlerin in Bezug auf ihre gesamte politische Arbeit immer noch sehr gute Werte; in der Unionsanhängerschaft wird sie – trotz des zunehmenden Rumorens in der CDU und der Angriffe aus der CSU – immer noch hoch geschätzt, es ist niemand in Sicht, der ihr das Amt der Parteivorsitzenden oder gar der Bundeskanzlerin mit Aussicht auf Erfolg streitig machen könnte, und sie selbst scheint auch nicht amtsmüde zu sein. Wenn die am 24. Oktober in Kraft getretene Verschärfung des Asylrechts, deren Einzelmaßnahmen von drei Viertel und mehr der Bevölkerung für richtig gehalten werden, und die angestrebten Maßnahmen auf der europäischen Ebene so weit Wirkung zeigen, dass die Deutschen den Eindruck zurückgewinnen, die Flüchtlingskrise sei halbwegs beherrschbar, ist die Wahrscheinlichkeit weiterhin groß, dass die Union mit *Angela Merkel* an der Spitze der Bundestagswahl 2017 erneut mit deutlichem Abstand gewinnen wird.

Zudem sind durch die neuesten Entwicklungen koalitionspolitische Alternativen zur Großen Koalition eher unwahrscheinlicher geworden: Wenn die FDP wieder in den Bundestag kommt, dürfte es für eine schwarz-gelbe Koalition sehr knapp werden. Die Grünen könnten sich vermutlich eine Zusammenarbeit mit *Merkel* durchaus vorstellen, der Graben zwischen ihnen und der CSU hat sich jedoch deutlich vertieft, so dass eine schwarz-grüne Koalition weniger wahrscheinlich geworden ist. Die AfD konnte im Oktober – personifiziert durch den thüringischen Landesvorsitzenden *Björn Höcke* und die Bundesvorsitzende *Frauke Petry* – in einer Gratwanderung den äußeren rechten Rand einbinden, ohne national-konservative, bürgerliche Wählerschichten vollständig zu verprellen, und liegt daher wieder bei sechs bis acht Prozent. Ihr möglicher Einzug in den Bundestag würde – jenseits aller inhaltlichen Schwierigkeiten – eine rot-rot-grüne Koalition schon rein rechnerisch unwahrscheinlich machen. Aus heutiger Sicht erhöht daher die Flüchtlingskrise die Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland nach der Bundestagswahl wieder von einer Großen Koalition regiert wird.